

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

2. Sitzung
am 9. Mai 1996, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Wilfried Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Landtagsverwaltung

MR Rüdiger Breitkopf

Tagesordnung:		Seite
1.	Benennung der Mitglieder der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"	4
2.	Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1994 Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs vom 28. März 1996	5
3.	Information/Kenntnisnahme	6
4.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Benennung der Mitglieder der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"

Als Mitglieder der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" benennen die Fraktionen:

Abg. Neugebauer (SPD)

Abg. Sager (CDU)

Abg. Voigt (BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzender ist der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay (SPD).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entlastung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1994

Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs vom 28. März 1996
hierzu: Umdruck 14/1

Zur Vorbereitung der Beschlußfassung über die Entlastung des Landesrechnungshofs wird die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" gebeten, die Rechnung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1994 zu prüfen und dem Finanzausschuß darüber Bericht zu erstatten.

Die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" verständigt sich darauf, am Donnerstag, dem 6. Juni 1996, 14.00 Uhr, im Gebäude des Landesrechnungshofs zu einer Sitzung zusammenzukommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Vorsitzende verweist eingangs der Diskussion auf § 77 der Geschäftsordnung, wonach "mit Ablauf der Wahlperiode des Landtages ... alle Vorlagen ... als erledigt" gelten..

Die Vorlagen **Umdrucke 13/4643, 13/4652, 13/4659, 13/4660 und 13/4662** nimmt der Ausschuß ohne Aussprache zur Kenntnis.

Zu Umdruck 13/4641

Abg. Stritzl fragt, ob es bei dem Beschluß der Landesregierung vom Januar 1996 verbleibe, das Defizit in der Größenordnung von 82,3 Millionen DM "bereits im Jahr 1996 zu erwirtschaften". St. Dr. Lohmann verneint diese Frage und legt dar, daß das Geld benötigt werde, um die Steuermindereinnahmen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf 293 Millionen DM geschätzt würden, zu decken.

Abg. Peters möchte wissen, ob noch Restkreditemächtigungen aus dem vergangenen Jahr zur Verfügung stünden. St. Dr. Lohmann bejaht diese Frage, weist aber auf die durch § 18 Abs. 4 LHO vorgegebene Begrenzung hin; nach Abzug des zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus Steuern erforderlichen Betrages in der Größenordnung von 310 Millionen DM verblieben 173 Millionen DM.

Abg. Sager erkundigt sich nach den Auswirkungen des um 7 Prozentpunkte höheren Anteils der Länder am Umsatzsteueraufkommen. St. Dr. Lohmann antwortet, daß ein Prozentpunkt mit rund 80 Millionen DM zu Buche schlage. Hinzuweisen sei in diesem Zusammenhang allerdings darauf, daß mit der Anhebung des Anteils am Umsatzsteueraufkommen die neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich einbezogen seien mit der Folge, daß Schleswig-Holstein vom Geber- zum Nehmerland geworden sei.

MR Pelny antwortet auf eine Frage des Vorsitzenden, daß sich die Ausgabereise auf etwa 490 Millionen DM beliefen; eine detaillierte Unterrichtung des Finanzausschusses werde in der nächsten Woche erfolgen.

VP Dr. Schmidt-Bens merkt an, daß sich der Landesrechnungshof in seinen Bemerkungen 1996 zum Haushalt 1995 sowie zu den Aussichten für 1996 äußern werde.

Abg. Peters nimmt Bezug auf Anlage 3 der Vorlage, wonach "mangels Veräußerungen von Liegenschaften" eine "globale Mehreinnahme von Liegenschaften im Zusammenhang eines Gesamtkonzepts der Universität Kiel zu ihren Liegenschaften" nicht habe erzielt werden können, und fragt, ob beabsichtigt sei, die Liegenschaften in diesem Jahr zu veräußern. Der Vorsitzende schließt die Frage an, ob es - im Anschluß an eine Auflistung über das Grundvermögen des Landes - eine Auflistung des Grundvermögens der Universität Kiel gebe. St Dr. Lohmann sieht sich zu einer Antwort im Augenblick außerstande. Der Vorsitzende wirft ein, daß dieses Thema den Finanzausschuß mit Sicherheit während der bevorstehenden Haushaltsberatungen beschäftigen werde.

Abg. Stritzl fragt, weshalb - Seite 5 der Vorlage - "die investiven Ausgaben ... das Haushaltssoll um 47,1 Millionen DM oder 2,8 v.H. unterschritten" haben. MDgt Rohs antwortet, daß nicht alle investiven Ausgaben im Baubereich ausgegeben worden seien. Abg. Stritzl bittet um eine detaillierte Auskunft, welche Vorhaben gestreckt oder gar nicht erst in Angriff genommen worden seien. St Dr. Lohmann stellt klar, daß in Einzelfällen nicht etwa Vorhaben gestreckt worden seien, sondern lediglich die Finanzierung. Einzelheiten seien im übrigen der angekündigten Resteliste zu entnehmen.

Zu Umdruck 13/4658

ROI Bahr beantwortet eine Frage des Abg. Sager nach dem aktuellen Sachstand dahin, daß die OFD vor etwa 14 Tagen gebeten worden sei, einen Notar mit der Ausformulierung des Vertrages zu beauftragen. Dieser Vertrag werde in voraussichtlich 14 Tagen vorliegen und werde nach einer letzten Abstimmung mit dem Investor und dem Finanzministerium spätestens Anfang Juni beurkundet werden können.

Der Vorsitzende bittet, den Vertrag dem Finanzausschuß möglichst zu der letzten Sitzung vor der Sommerpause - Donnerstag, 6. Juni - zuzuleiten.

VP Dr. Schmidt-Bens äußert, die Experten des Landesrechnungshofs hätten den Unterlagen nicht entnehmen können, ob das Projekt wirtschaftlich sei. St Dr. Lohmann antwortet, daß die vorgesehene Maßnahme rund 240 000 DM billiger sei als ein Eigenbau. MDgt Rohs ergänzt, daß Vertreter der Bauverwaltung von Anfang an in das gesamte Projekt eingebunden gewesen seien - ebenso wie bei den Vorbereitungen zur Errichtung und Finanzierung eines Teilerweiterungsbaus der Verwaltungsfachhochschule Altenholz durch einen privaten Investor (siehe Umdruck 13/3739).

Zu Umdruck 13/4663

MDgt Boldt erläutert auf eine Frage der Abg. Peters und Stritzl den Sachverhalt und die Rechtslage.

Mit seiner Aussage, daß beabsichtigt sei, zur Klärung der Rechtslage einen Hochschullehrer mit der Erstellung eines Gutachtens zu beauftragen, das etwa 8000 DM kosten werde, löst MDgt Boldt eine längere Diskussion aus. Abg. Voigt begrüßt diese Absicht, setzt sie ins Verhältnis zu dem zur Diskussion stehenden Betrages und stellt heraus, Gegenstand des Gutachtens müsse letztlich die Festigung der Rechtsposition sein. Im übrigen aber sei bei einem Betrag von 8000 DM nicht mit einem Gutachten, sondern lediglich mit einer gutachterlichen Stellungnahme zu rechnen. Abg. Steinke empfiehlt, von einem Gutachten Abstand zu nehmen, den Blick vielmehr in die Zukunft zu richten und eventuell auftretende Probleme im Finanzausschuß zur Sprache zu bringen.

Abg. Döring steht auf dem Standpunkt, daß die Landesregierung über hinreichend juristischen Sachverstand verfüge, so daß ein externes Gutachten nicht eingeholt zu werden brauche. Diesem Standpunkt schließen sich die Abg. Neugebauer und Kähler an. MDgt Boldt wendet ein, daß sich die Landesregierung mit diesem Gutachten nicht etwa ein Alibi verschaffen wolle; Ziel sei es vielmehr, bei den betroffenen Mitarbeitern eine Akzeptanz zu erzeugen.

Der Vorsitzende äußert, daß das Thema mit Sicherheit bei den Haushaltsberatungen wieder zur Diskussion stehen werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Vorsitzende legt dem Ausschuß den Entwurf einer **Terminplanung** bis einschließlich Januar 1997 vor. Abg. Peters wendet ein, daß die zeitlichen Vorgaben insgesamt noch enger seien als in den Vorjahren.

Der Vorsitzende bittet, etwaige Einwände gegen die Terminplanung bis zum 10. Mai geltend zu machen; anderenfalls werde der Entwurf für den Ausschuß verbindlich.

b) Der Vorsitzende erinnert an die Verabredung im Finanzausschuß der 13. Wahlperiode, den Direktor des **Schleswig-Holstein Musik Festivals**, Herrn Dr. Willnauer, zur Finanzierung des Musikfestivals zu hören, und schlägt als Termin dafür den 30. Mai 1996 vor.

In diesem Zusammenhang fürchtet St. Dr. Lohmann, daß der Stiftungsrat des Schleswig-Holstein Musik Festivals den Wirtschaftsplan beschlossen habe, und sagt zu, die Daten rechtzeitig zu dem erwähnten Gespräch vorzulegen.

c) Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die **Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs** bis zum Beginn der Haushaltsberatungen abschließend in der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zu beraten.

d) Abg. Döring bittet um einen Bericht über den Stand der Einführung von **Kosten- und Leistungsermittlung**. St. Dr. Lohmann merkt an, daß die Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien, und sagt zu, zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses einen Zwischenbericht zu geben.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11.25 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer